



IRS Institut für
Regionalentwicklung
und Strukturplanung

In dieser Ausgabe:

- Zu Besuch im IRS:
Ministerin Johanna Wanka
- Evaluation
- Kultur- und Raumpioniere
- Frankfurt/Oder: Zukunfts-
region ohne Chip-Fabrik?
- Kurz notiert
- 18. Regionalgespräch:
Kulturentwicklung
ohne Wachstum
- Neues aus den Wissenschaft-
lichen Sammlungen
- Vorträge
- Neuerscheinungen
- Nachlese:
Das IRS in den Medien

Herausforderung Innenstadt ...

Aktuelle Fragen zur Entwicklung historischer Innenstädte

Mit der planungspolitischen Kehrtwende nach der deutschen Einigung und den damit einhergehenden Transformationsprozessen ist es unter Einsatz eines gewaltigen Finanzvolumens gelungen, viele historisch bedeutsame Innenstädte und Ortskerne in den neuen Bundesländern wieder zu erneuern. Die von Verfall und Abriss bedrohten Kerne – ein einmaliges europäisches Kulturerbe – konnten dauerhaft gesichert werden.

Allerdings ist trotz der Erfolgsbilanz von mehreren tausend sanierten Baudenkmalen und vielen erneuerten städtebaulichen Ensembles die Stadterneuerung keineswegs abgeschlossen. Hinter den verbleibenden Sanierungsaufgaben treten schwerwiegende neue Fragen hervor.

Vielerorts haben die demographischen Entwicklungen und der Bevölkerungsrückgang, die Abwanderung und auch die intraregionalen Wanderungen zu einem erheblichen Überangebot an städtischen Wohnungen und damit zu einer extremen wohnungswirtschaftlichen Belastung

geführt. Der Leerstand betrifft in größerem Umfang auch die sanierten und unsanierten Altbauten in den Innenstädten, insbesondere an deren Rändern.

Das Erfordernis eines deutlichen Rückbaus der Wohnungsbestände gilt seit dem Gutachten der Expertenkommission "Wohnungswirtschaftlicher Strukturwandel in den neuen Bundesländern" (2000) als anerkannt. Das Programm Stadtumbau Ost (2001) hat förderpolitische Rahmenbedingungen für eine erste Stufe der Problembewältigung geschaffen. Mit den Leitbildern der "kompakten europäischen Stadt" und der "Stadt der kurzen Wege" sowie der Maxime eines Rückbaus (von außen nach innen), scheint eine weitgehende Übereinstimmung über die Umbau-Orientierung im Sinne der Erhaltung und behutsamen Weiterentwicklung der historischen Innenstädte vorzuherrschen.

Mehr als 260 Städte in den neuen Bundesländern erarbeiteten im Zuge eines Bundeswettbewerbs zum Stadtumbau Ost Integrierte Stadtent-

Editorial

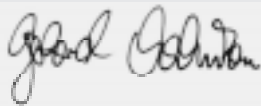
Liebe Leserin,
lieber Leser,

alles bleibt anders. Und stetig ist der Wandel ... Zurzeit scheint sich das öffentliche Bewusstsein für sozial- und wirtschaftsräumliche Veränderungsprozesse mehr denn je zu schärfen. Politik, Verwaltung und – last but not least – die raumwissenschaftliche Grundlagenforschung fragen zunehmend interessiert danach, was wir uns jetzt noch leisten können und was nicht. Wo sollen öffentliche Fördergelder hinfließen? In die Kernstädte, in den suburbanen Raum? Und manchmal wird schon gefragt, ob man bestimmte Orte nicht einfach zumachen oder abwickeln müsse. So wie einen alten Betrieb, der nicht mehr gebraucht wird. Frei nach dem Motto: Alles aussteigen, das war's.

Lassen wir doch die Zynismen grundsätzlich beiseite. In dieser Ausgabe geht es dem Leibniz-Institut für Regionalentwicklung und Strukturplanung (IRS) vor dem Hintergrund der gegenwärtig ablaufenden "demographischen Metadebatte" vor allem um die Entwicklung unserer Innenstädte. Diese konnten sich im Lauf der neunziger Jahre vielerorts sichtlich regenerieren. Vielerorts, aber nicht überall. Das Team der IRS-Forschungsabteilung 4 "Regenerierung schrumpfender Städte" wagt deshalb eine Zwischenbilanz, die nicht allein von Euphorie gekennzeichnet ist. Das ist durchaus gewollt. Unser Schwerpunktthema "Herausforderung Innenstadt" soll schließlich wieder dazu beitragen, anstehende Diskurse auf städtischer und regionaler Ebene zu befördern und die Entwicklungs-Perspektiven erweitern.

Was sonst noch aktuell für das IRS anstand, haben wir unter der Rubrik "kurz notiert" für Sie zusammengetragen.

Für Sie alles Gute im neuen Jahr!



wicklungskonzeptionen. Eine erste Begleituntersuchung des IRS zu den städtebaulichen Prämissen beim Stadtumbau in Städten mit historischen Stadtkernen zeigt, dass bislang zwei Drittel aller Stadtumbaumaßnahmen den Rückbau von Wohnungsbeständen betreffen und überwiegend an Gebäuden in Platten- und Blockbauweise am Rande der Städte bzw. in Großsiedlungen vorgenommen werden. Allein im Jahr 2003 sind in den neuen Bundesländern weit mehr als zwölftausend Wohnungen abgerissen worden. Etwa ein Sechstel aller Stadtumbaumaßnahmen dienen zudem der gezielten Aufwertung in den Innenstädten.

Was sich aus dem Blickwinkel einer technisch-rational gesteuerten, innenorientierten Stadtentwicklung als professionell koordinierte und durchgeführte Erfolgsgeschichte lesen mag, zeigt allerdings unter Einbezug der komplexen sozialräumlichen, ökonomischen und kulturellen Dimensionen der Stadtentwicklung, dass man trotz aller vermeintlichen Erfolge bislang kaum von einer gelungenen "Reurbanisierung" oder einer von Leben erfüllten "Renaissance der Innenstädte" sprechen kann.

Einerseits treten altbekannte Fragen der Entwicklung einer urbanen und menschenfreundlichen Lebensumwelt wieder verstärkt in den Vordergrund. Als Beispiel sei das Problem genannt, dass bei fast jeder Bürgerbefragung mit hoher Priorität die Schaffung von PKW-Stellplätzen gewünscht, die Störung durch den motorisierten Individualverkehr jedoch beklagt wird. Der Beweis, dass die "Stadt der kurzen Wege" die Verkehrsprobleme in den Griff bekommen kann, ist noch zu erbringen.

Andererseits wird die baulich-räumliche Regenerierung historischer Innenstädte vielerorts von der umfassenden Problematik schrumpfender Städte überschattet. Einhergehend

mit massiven wirtschaftlichen Einschnitten, Einwohnerrückgängen und Wohnungsleerständen haben auch in den Innenstädten problematische Segregationsprozesse, verbunden mit dem sozialräumlichen und ökonomischen Niedergang ganzer Stadtquartiere, erheblich an Dynamik gewonnen und erfordern neue – integrierte – Problembewältigungsstrategien.

Die weiter anhaltenden Suburbanisierungsprozesse verdeutlichen, dass städtische Wohn- und Lebensformen in historisch geprägtem Umfeld für viele Menschen bislang keine Alternativen



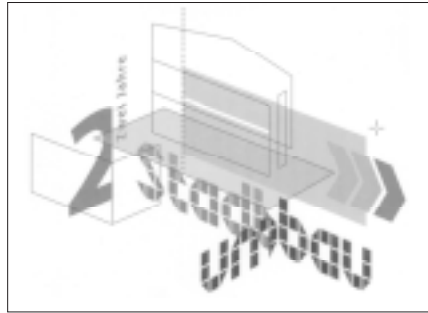
native zum "Wohnen im Grünen" darstellen. Dies gilt besonders für junge Familien mit Kindern und für ältere Menschen. Will man die Schaffung einer bloßen historischen Kulisse in den Innenstädten bei gleichzeitig fortgesetzter Zersiedelung der stadtnahen Landschaft vermeiden, wird man – ggf. auch im Widerspruch zur "kompakten Stadt" – die Wohn- und Wohnumfeldtauglichkeit, vor allem aber die Lebensqualität in den Innenstädten für die Ansprüche und Lebensstile aller Bewohner steigern müssen.

Der Prozess einer angemessenen Entwicklung der Stadtzentren und der Entwicklung alter und neuer Nutzungsperspektiven in historischen Innenstädten erweist sich vor allem im Kontext der Schrumpfungs- und Regenerierungsproblematik als schwierig, zumal sich die bisherige Randwanderung klassischer innerstädtischer Nutzungen, z.B. von Verwaltungs-, Handels- und Dienstleistungseinrichtungen, nur schwerlich wird umkehren lassen.

Neben der ungünstigen, historisch bedingten Ausgangssituation wird dieser Prozess zusätzlich durch die schwierigen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen vieler einzelner Klein- und Mittelbetriebe geschwächt. Auch die "Stadtentwicklung ohne Finanzmittel" sowie die verschärfte inter- und intraregionale Konkurrenzsituation der Städte untereinander tragen dazu bei. Dies hat zur Folge, dass neben den ungenutzten Brachflächen auch erhebliche Geschäftsleerstände und Qualitätseinbußen in der Versorgung zu verzeichnen sind, die letztlich eine abnehmende Attraktivität mancher innerstädtischer Zentren nach sich ziehen.

Zweifellos sind zu einer nachhaltigen Regenerierung und Reurbanisierung der historischen Innenstädte die bekannten städtebaulichen Entwicklungsstrategien und auch die Denkmalpflege mit ihren bisherigen Maximen selbstkritisch zu prüfen und weiter zu entwickeln. Darüber hinaus sind aber mehr denn je auch vielfältige, integrierte und nicht allein staatliche Formen ökonomischer, sozialer und kultureller Kreativität und wissensbasierter Innovationskraft gefragt, die weit über eine gelungene, allein baulich-räumliche Erneuerung historischer Innenstädte hinausreichen.

Thomas Kuder



Stadtumbau Ost "... ein eigen- tümliches Gefühl der Leere"

Das Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen hatte für November 2003 nach Berlin zum Kongress "Zwei Jahre Stadtumbau Ost" eingeladen. Etwa 400 Praktiker und Experten des Stadtumbaus nahmen daran teil. Die Veranstaltung, fachbezogen vorbereitet und ausgewertet in Zusammenarbeit mit dem IRS, war in drei Blöcke – Wohnungswirtschaft, Stadtentwicklung und Podiumsdiskussion – unterteilt. Bereits im Vorfeld war den Teilnehmern die Möglichkeit eingeräumt worden, die Kongressinhalte durch Anregungen mitzubestimmen, wovon gut 100 Teilnehmer Gebrauch machten. Im Mittelpunkt sollte, neben einer kritischen Bilanzierung des bisher Erreichten, vor allem die Frage der Perspektive stehen, die Frage also, wie man den Stadtumbau Ost zukünftig noch erfolgreicher und besser gestalten könnte.

Einleitend bilanzierte die Parlamentarische Staatssekretärin Iris Gleicke die durchaus eindrucksvollen (förder-) technischen, administrativen und politischen Leistungen im Programm Stadtumbau Ost. Sie verwies auf bislang mehr als 31.000 rückgebaute Wohnungen, Rückbaubewilligungen für 95.000 Wohnungen und ein nahezu paritätisches Verhältnis beim Einsatz von Fördermitteln für Rückbau- und Aufwertungsmaßnahmen.

Der wohnungswirtschaftliche Schwerpunkt des Kongresses stand im Zeichen der vielfältigen Erfahrungen ostdeutscher Wohnungsunternehmen

mit dem Stadtumbau (Reinhard Aehnelt, IfS) und im Zeichen der wohnungswirtschaftlichen Ansprüche an die Bundespolitik (Lutz Freitag, GdW). Dringend gefordert wurde vor allem eine weitere Verbesserung der Altschuldenregelung zugunsten der Wohnungsunternehmen.

Im Mittelpunkt des Schwerpunktes Stadtentwicklung standen die Ergebnisse einer Analyse aller Integrierten Stadtentwicklungskonzeptionen zum Stadtumbau Ost (Doehler, Büro für urbane Projekte/Pfeiffer, empirica) und ein Umriss der qualitativen und baukulturellen Anforderungen, die es an den Stadtumbau zu stellen gilt. Die anschließende Podiumsdiskussion, moderiert von der Wismarer Bürgermeisterin Rosemarie Wilcken, war geprägt durch die Themen Altschuldenregelung, kommunale Finanzmisere und bürokratische Hemmnisse im Kontext des Stadtumbaus.

Versucht man ein kurzes Fazit, so ist zunächst die Anerkennung hervorzuheben, die dem Stadtumbau Ost trotz aller Kritik im Großen und Ganzen von den Teilnehmern zugesprochen wurde. Was den Kongress betrifft, so spiegelte sich darin allerdings die Einschätzung von Reinhard Aehnelt aus der Unternehmensbefragung wider, wonach Stadtumbau bisher im Wesentlichen ein Programm für Großsiedlungen, große Wohnungsunternehmen und Rückbaumassnahmen sei. Der weiterführende Anspruch auf eine integrierte gesamtstädtische Entwicklung stand – zumindest auf dem Kongress – eher im Schatten der wohnungswirtschaftlichen und administrativen Interessenformulierung.

Und so bleibt letztlich, auch bezogen auf diesen Kongress, ein wenig von jenem "... eigentümlichen Gefühl der Leere" zurück, das der Baudezernent Rainer Schöne aus Halberstadt angesichts von mehr als 800 rückgebauten Wohnungen in seiner Stadt artikuliert hatte.

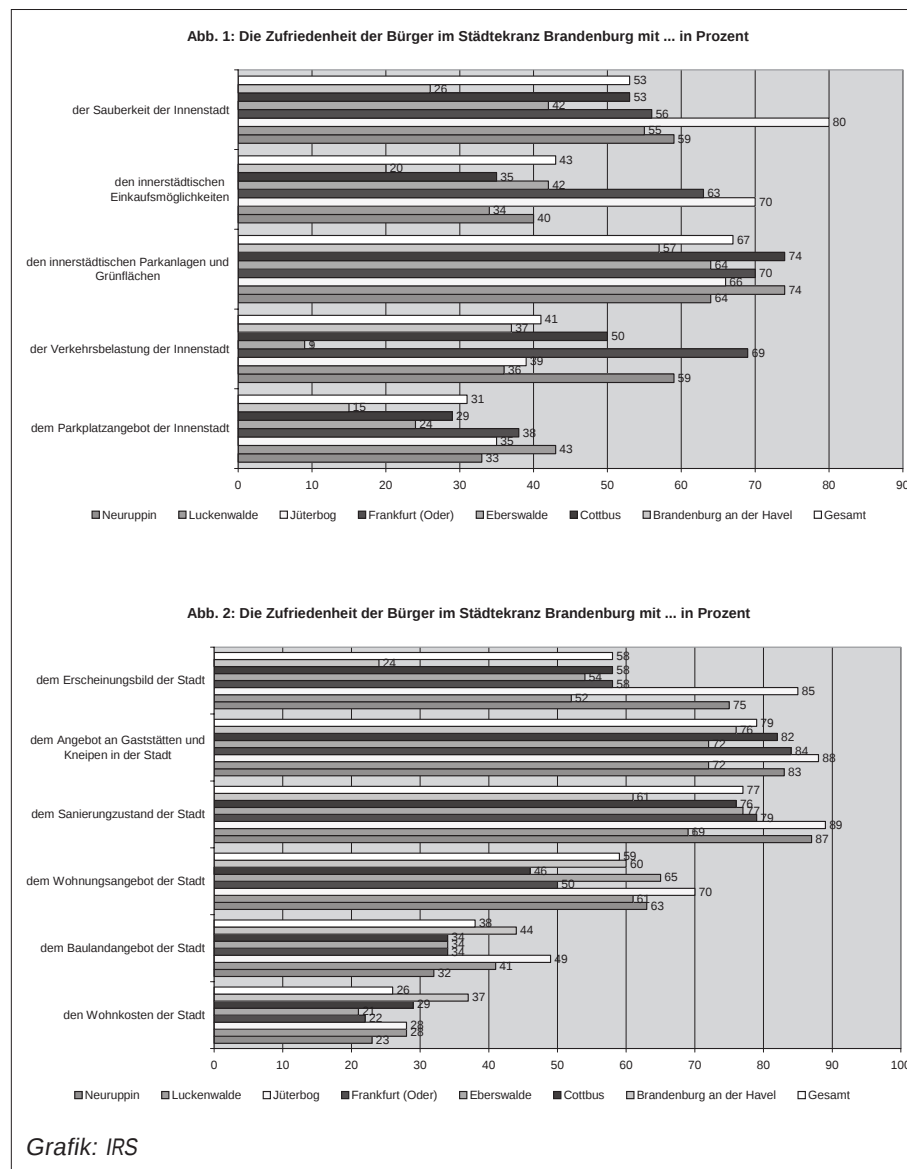
Thomas Kuder

Die Stadtzentren des Brandenburger Städtekrans aus Bürgersicht – Ergebnisse einer Telefonumfrage

Nach der Modernisierung und Sanierung alter Bausubstanz und einer weitgehenden Klärung der Eigentumsverhältnisse stehen die ostdeutschen Innenstädte immer noch vor Entwicklungsproblemen. Nimmt die Verödung der Innenstädte durch Wohnsuburbanisierung, Suburbanisierung von Handel und Dienstleistungen sowie Filialisierung weiter zu oder kann der Standort durch Reurbanisierung und Nutzungsmischung wieder gestärkt werden? Wie werden die Innenstädte heute von den Bürgern der Städte beurteilt? Das IRS, das Forschungsbüro Advis (Berlin) sowie die Geschäftsstelle der Arbeitsgemeinschaft regionaler Entwicklungszentren in Brandenburg, Ernst Basler + Partner GmbH, Potsdam führen unter aktiver Mitwirkung von sieben Städten ein vom BMBF gefördertes Projekt "Lebensqualität in Klein- und Mittelstädten" durch. Ein Baustein dieses Projektes ist eine unlängst durchgeführte telefonische Befragung von 1062 Bürgern der teilnehmenden Städte Brandenburg a.d.H., Cottbus, Eberswalde, Frankfurt (Oder) sowie Jüterbog, Luckenwalde und Neuruppin.

Wie *Abbildung 1* zeigt, besteht die größte Zufriedenheit der Bürger (67 %) bei dem Angebot an innerstädtischen Parkanlagen und Grünflächen. Ferner äußert sich eine Mehrheit von 53 % positiv zur Sauberkeit ihrer Innenstadt. Im Gegensatz dazu sind die Bewohner des brandenburgischen Städtekrans häufig unzufrieden mit dem Einzelhandelsangebot (43 %), der verkehrlichen Belastung ihrer Stadtzentren (41 %) sowie mit dem Angebot an Stellplätzen (31 %).

Beim Vergleich der Aussagen zwischen den Städten treten unterschiedliche Stärken und Schwächen auf. Aus der Perspektive der befragten



Bürger liegt die Problematik nicht im Erscheinungsbild oder den grünen Erholungsräumen (siehe Abb. 2). Auch das Gastronomie-Angebot wird insgesamt von knapp 80 % der Bürger positiv bewertet. Das Angebot auf dem Wohnungsmarkt wird für das gesamte Stadtgebiet als ausreichend gesehen, jedoch ist ein Großteil der Befragten mit dem Baulandangebot, insbesondere aber mit dem hohen Preisniveau auf dem Wohnungsmarkt unzufrieden.

Die Aussagen der Befragten zum Thema "Entwicklung der Innenstadt" zeigen, dass die Zentren des Städtekrans durchaus Aufenthaltsqualitäten bereithalten. Weniger geschätzt werden dagegen die meisten der sieben Innenstädte als Zentren für ein vielfältiges, hochwertiges Warenangebot

und das Verkehrsvolumen. Ebenso werden die Miet- und Kaufpreise für Immobilien als hoch empfunden.

Diese Einschätzungen lassen auf eine klare Konkurrenzsituation zwischen Innenstadt und Einkaufs- bzw. Wohnstandorten auf der grünen Wiese schließen. Die Beurteilungen zeigen, dass die alte Forderung nach Attraktivitätssteigerung der Innenstädte weiterhin von den Städten ernst genommen werden sollten. Neben dem weiteren Ausbau der Funktionsbereiche Wohnen und Einkaufen sollte das vorhandene Potenzial der Zentren als Kristallisationspunkte mit Chancen zu einer mittelstädtischen Urbanität und als Standort für Freizeit und Kultur gesichert und erweitert werden.

Inga Schütte

Innenstadt und Wissen – räumlicher Fokus einer wissensbasierten Stadtentwicklung

Welche Rolle spielen wissensbasierte Einrichtungen heute für die Entwicklung der Innenstädte? Welche Bedeutung wird Universitäten, Hoch- und Fachschulen, außeruniversitären Forschungseinrichtungen, FuE-Unternehmen sowie innovativen Unternehmensgründern beim Strukturwandel und Stadtumbau durch die Politik beigemessen? Ausgangspunkt für diese Fragen ist sowohl, dass Universitäten in Europa bereits seit dem Mittelalter einen wichtigen stadtpprägenden bzw. Stadtentwicklungsfaktor darstellen, als auch die erfolgreiche Zusammenarbeit von Wirtschaft und Wissenschaft, die z.T. schon mit der Industrialisierung eingeleitet wurde. Die Standorte dieser wissensbasierten Einrichtungen sind heute aber oftmals nicht mehr in den Innenstädten zu finden.

Seit Anfang der 80-er Jahre setzten in Westdeutschland zahlreiche Förderprogramme und Stadtentwicklungspolitikern auf das besondere Synergiepotenzial von Forschungs- und Bildungseinrichtungen sowie innovativen Unternehmensgründern. Die 'Suburbanisierung des Wissens' mit Campus-Universitäten, Technologie- und Gründerzentren am Stadtrand galt lange Zeit als Highlight der Wirtschaftsförderung und Stadtentwicklung. In verdichteten, prosperierenden Stadtregionen, wo vielfältige Entwicklungsfaktoren eine Suburbanisierung begünstigt haben, sind diese auch erfolgreich.

Die faktische Raumentwicklung stellt sich heute vielerorts als Mischung aus partieller Suburbanisierung des Umlandes von Städten und Desurbanisierung noch entfernter Regionen dar. Flankiert wird dieser Prozess durch eine selektive Entwertung städtischer, oftmals gut erschlossener Teilräume, wie Bahnhofs- oder Industriebrachen. Für die

Innenstädte wird dagegen eine mangelnde Funktionsmischung beklagt. Und trotz innerstädtischer Flächenpotenziale werden wissensbasierte Einrichtungen oftmals immer noch am Stadtrand bzw. innenstadtdfern angesiedelt.

Gerade in ostdeutschen Städten, die besonders von Bevölkerungsrückgang, städtischem bzw. regionalem Flächenüberangebot sowie funktionalen und städtebaulichen Defiziten in den Innenstädten betroffen sind, hat es sich als fatal erwiesen, dass bei der Ansiedlung von Forschungs- und Bildungseinrichtungen sowie Technologie- und Gründerzentren oftmals auf Außenentwicklung gesetzt wurde. Damit waren zum einen die Hürden, den 'Wissensarbeitern' am Stadtrand mit der Stadt verknüpfte Wohn-, Einkaufs-, Freizeit- und Erholungsaktivitäten zu eröffnen, sehr groß. Zum anderen wurden Potenziale für eine innerstädtische Funktionsmischung, die baulich-räumliche Aufwertung der Innenstädte sowie die Entwicklung eines 'urbanen Lebens' in den Stadtzentren verschenkt.

Wie Untersuchungen im Leitprojekt der IRS-Forschungsabteilung 3 "Wissensmilieus und Siedlungsstrukturen" zeigen, scheint die stadträumliche Integration und Vernetzung wissensbasierter Einrichtungen sowie die Raumbindung der Wissensakteure an die Stadt eine wesentliche Erfolgsbedingung für wissensbasierte Stadtentwicklungen darzustellen. In Jena kann man heute sehen, wie eine solche innerstädtische Funktionsmischung und Revitalisierung, auch im Sinne einer Reurbanisierung des Stadtzentrums, sozialräumlichen Ausdruck findet. Der Innenstadt-Campus und die innenstadtorientierte Mischung aus hochinnovativen Industrien, industrieller Forschung und Entwicklung, verbunden mit dienstleistungsorientierter Produktion und produktionsorientierten

Dienstleistungen prägen das Stadtbild und bilden einen wichtigen belebenden Faktor.

In Frankfurt (Oder) sind die aktuellen Rahmenbedingungen viel schwieriger. Die Ansiedlung wichtiger Forschungseinrichtungen am Stadtrand, einschließlich der inzwischen gestoppten Chipfabrik, und die bisher fehlende Verknüpfung zwischen regionaler Wirtschaftsstruktur und Universitätsforschung erschweren die Nutzung wissensbasierter Potenziale für die Innenstadtentwicklung und -belebung, trotz des Standortes der neu gegründeten Europa-Universität Viadrina im Zentrum. Diese Situation und nicht zuletzt die Grenzlage der Stadt begünstigen das tägliche Pendeln vieler Professoren, Studenten und weiterer 'Wissensarbeiter' nach Berlin; sie fehlen vor Ort zur Bildung einer "kritischen Masse". Das Ziel, die Aufwertung der Innenstadt und eine wissensbasierte Stadtentwicklung miteinander zu verknüpfen, ist für die Schlüsselakteure in Frankfurt (Oder) noch weitgehend Zukunftsmusik.

Wissensbasierte Innenstadtrevitalisierungen sind aber nicht nur Thema ostdeutscher Städte. Für Erlangen stellte sich Mitte der 90-er Jahre die Frage der Reurbanisierung einer großen, direkt an der Innenstadt liegenden Konversionsfläche. Dort ist es der Stadt – allerdings mit stadtplanerischen bzw. städtebaulichen Zugeständnissen – gelungen, den "global player" Siemens zu halten und dies mit der Entwicklung eines neuen strukturpolitischen Schwerpunktes für Erlangen zu verknüpfen. Dazu profilierte sich auch die Friedrich Alexander-Universität Erlangen Nürnberg, die mit einem Teil ihrer Standorte unmittelbar an das Entwicklungsgebiet Röthelheimpark grenzt. Die Umsetzung eines Gesamtkonzepts als Funktionsmischung aus Forschung und Produktion, Wohnen, Handels- und Freizeiteinrichtungen gestaltet sich al-

lerdings aufgrund veränderter Nachfragestrukturen schwieriger als erwartet.

So lässt sich vermuten, dass für erfolgreiche wissensbasierte Stadtentwicklungen folgende Prämissen von Bedeutung sind: Die tragenden Akteursgruppen verstehen sich als "stakeholders", d.h., sie wollen und können ihre differenzierten Raumanprüche vor Ort realisieren. Die daraus folgenden Raumnutzungen konzentrieren sich insbesondere auf die Innenstädte und tragen auf diese Weise zur Verbesserung stadträumlicher Qualitäten bei. Kommunikations- und Kooperationsstrukturen (mit der Resource Wissen) in der Stadtregion ermöglichen die Abstimmung der Raumanprüche und Raumnutzungen unterschiedlicher Akteursgruppen.

Petra Jähnke

Kultur- und Raumpioniere

Laufende Transferzahlungen führen zur Herausbildung von überregionalen Dependenzökonomien. In Kombination mit Prozessen der demographischen Schrumpfung stellen sich verstärkt auch neue Fragen an die Rolle von Kultur und ihre Potenziale in brandenburgischen Städten und Kommunen. Kultur wird, so der kulturpolitische Tenor, unter Krisen- und Finanzdruck schnell zum Randphänomen degradiert. Wozu auch *L'art pour l'art*, städtische Verhübschung und Zerstreuung, wenn sich Existenzbedrohung und Perspektivlosigkeit flächendeckend breit macht? Kulturentwicklung auf der einen und wirtschaftliche Entwicklung auf der anderen Seite zu denken, führt zur Frage, welche Rolle wir der Kultur in Krisenzeiten zuweisen. Welchen Blick lenken wir auf neue kulturökonomische Akzente sowie akteursbasierte Strategien?

Neue Akteure zwischen Kultur und Wirtschaft

Anhand des Typus "Kultur- und Raumpioniere" können Akteure identifiziert werden, deren Handlungen neue Perspektiven für kulturelle Praktiken in Verbindung mit unternehmerischer Existenzsicherung zeigen. Diese Akteure können aufgrund ihrer integrativen Umsetzung von unternehmerischem Handeln sowie kulturellen Angeboten für die Lebenswelt Stadt als Kultur- und Raumpioniere bezeichnet werden. Ihre Pionierleistung bezieht sich einerseits auf die Einführung von innovativen Produkten (z.B. Unternehmungen im Bereich der graphischen und handwerklichen Gestaltung sowie neue Technologien). Andererseits bezieht sie sich auf die Erschließung von Mikroräumen, an und mit denen getestet, ausgestellt, experimentiert und gespielt werden kann. Somit könnten perforierte Stadträume temporär wieder in Wert gesetzt und als räumliche Inkubatoren verstanden werden.

Zudem treten seit mehreren Jahren gravierende Verschiebungen zwischen den vormals getrennten Teilsektoren informationsbasierter und symbolproduzierender Dienstleister sowie zwischen Produkten und ihrer Aneignung hervor. Neue Berufs- und Möglichkeitsfelder wurden dabei geschaffen. Die Herstellung der Produkte ist zwingend auf Erfahrung und personengebundenen Austausch, auf Ausprobieren und Austesten in einem lokalen Feld angewiesen. Sie ist zudem kleinteilig organisiert und verkörpert eine zunehmend kulturalisierte Dienstleistungsökonomie. Nun zu hoffen, dass in den Städten und Kommunen eine Gründer- und Pionierwelle zu erwarten ist, wäre vermessen. Die Hoffnung, dass es sich um gesamtgesellschaftliche Strukturverschiebungen handelt (eben vom Sozialstaat zum unternehmerischen Staat), entlastet die städtische, kulturpolitische und die regionalkulturelle Ebene aber nicht: Individuelle Existenzsicherung wird gerade durch den Rückzug des Staates immer notwendiger.

Demzufolge ist Kultur und ihre Entwicklung – unabhängig von den ökonomischen Vorzeichen – nicht gegen oder in Abhängigkeit von wirtschaftlichen Entwicklungen zu sehen. Vielmehr muss man verantwortlich einen Begriff von Kultur nicht für alle, sondern durch möglichst viele entwickeln, definieren und an den kulturellen Institutionen und städtischen Unternehmen spiegeln. Dabei verbindet sich der Begriff der Kultur mit sozialen Lernprozessen und zivilgesellschaftlichen Fragen, schließt individuelle Befähigungen nicht aus, sondern ermöglicht eine gekonnte Verbindung kultureller Praktiken, lokaler Selbstorganisation und Information für den Aufbau einer (auch unternehmerischen) Existenz.

Schlussfolgerungen

1. Der etablierten (Hoch-) Kultur in Städten und Kommunen sollte nicht zuviel aufgebürdet werden. Sie ist in ihrer alleinigen Funktion nicht zeitgemäß und eben auch nicht immer Hochkultur. Die *Musik* spielt sich oftmals dissonant an anderen Orten, auf anderen Plätzen, in anderen Straßen ab. Diese sollten verstärkt in den Blick genommen werden, denn dort müssen Jugendliche mit ihren spezifischen und eben auch lokalen Fähigkeiten und Kenntnissen abholt werden.
2. Technische, soziale und in diesem Sinne auch kompetente kulturelle Praktiken junger Menschen sollten frühzeitig mit Fragen der Selbstbestimmung und -organisation sowie Anreizen durch Wettbewerb und somit letztlich auch der (unternehmerischen) Ergänzung gekoppelt werden. Und zwar in den Bereichen, in denen sie noch anschluss- und aufnahmefähig sind. Also nicht auf dem Arbeitsamt.

Bastian Lange

Leben in historischen Innenstädten – IRS unterstützt Reurbanisierungsversuche

Quedlinburg, Lübeck, Eberswalde und Halberstadt sind Städte, in denen eine Ausstellung zum bundesweiten Wettbewerb 2001-2002 "Leben in historischen Innenstädten – Zukunft für urbane Zentren und Räume" bisher gezeigt wurde. Neben Berlin und den Landeshauptstädten Potsdam und Schwerin werden 2004 weitere Städte folgen. Das gemeinsame Interesse besteht darin, den Prozess städtebaulicher Sanierung als Voraussetzung für die Innenstadtvitalisierung – und diese wiederum als Voraussetzung für Reurbanisierung zum Gegenstand öffentlicher Debatten zu machen. Im Bemühen darum, von den "best practices" vergleichbarer Städte im Netzwerk der "Städte mit historischen Stadtkernen" zu profitieren, sich (Entwicklungs-)Potenziale und (Handlungs-)Optionen für die eigene Perspektive von außerhalb – aus einer starken Region – zu erschließen, liegt ein weiteres Motiv.

Nach mehrjährigem Sanierungsprozess – der zwar zeitversetzt, aber doch gleichermaßen in den alten und neuen Bundesländern stattfand – stehen die Innenstädte aktuell vor dem Problem der Ausdünnung innenstadtrelevanter Nutzungen. Ungebremstes Randwachstum infolge von Suburbanisierung und Zersiedlungen der jüngeren Vergangenheit wie auch stark ansteigende Verkehrsbelastungen in den Stadtkernen führten zu kritischen Erosionsprozessen in der Innenstadtentwicklung. In den Kernstädten ausgewiesene Entwicklungsflächen werden nicht mehr entwickelt. Ehemals als "gute Lagen" bewertete Gebiete verlieren ihre Bedeutung. Mit der "Filialisierung" wurde der Spielraum auch für das, was eine funktionierende Innenstadt ausmacht, nämlich die Angebotsvielfalt, immer kleiner. Leerstand im Geschäfts- und

Wohnbereich, aber vor allem brachliegende Gewerbe-, Industrie- und Militärf Flächen sowie vernagelte Innenstadtliegenschaften von Post und Bahn sind hierfür allgegenwärtige Zeugnisse. Zu beobachten ist eine zunehmende Minderung von Attraktivität, Lebensqualität und Vitalität vieler Innenstädte und Ortskerne. Im sozial-räumlichen Umfeld führen Polarisierungen und Segregationstendenzen auch in innerstädtischen Quartieren zu negativen Veränderungen.



Podiumsdiskussion zum Thema Moderne in der historischen Altstadt in Eberswalde, Maria-Magdalenen-Kirche.



Ungewöhnliche Spende: Die Stadt Eberswalde übergab einen Scheck an die Deutsche Stiftung Denkmalschutz zur Erhaltung bedrohter Dorfkirchen.

Vor diesem Hintergrund versteht sich die Ausstellung zum bundesweiten Wettbewerb als Anstoß bei der Suche nach Antworten, nach Ansätzen für städtische Kreativität in einem langfristigen Reurbanisierungsprozess. Die Stadt braucht die lebendige Mitte als Kern ihrer Entwicklung. In diesem Verständnis zeigt die Exposition anhand von 36 städtischen Beispielen Visionen, Ideen und auch Projekte für einen Stadtbau von längerfristiger Dauer.

Die ersten Stationen der Ausstellung machen deutlich,

- wie Bund, Länder, Gemeinden und auch die kommunalen Spitzenverbände den Austausch zur Förderung und Stärkung von Entwicklungsprozessen gemeinsam anstreben,
- wie unterschiedliche Zielgruppen in den Entwicklungs- und Kommunikationsprozess zum Thema Stadtentwicklung einbezogen werden und
- wie Rat, Bürger und Verwaltung zusammen agieren und eine stetige Mitwirkung im Rahmen einer neuen Planungskultur praktizieren.

Begleitende Transferveranstaltungen bieten kreative Impulse und sind förderlich für die Lösung aktueller Aufgaben. In der Stadt Eberswalde etwa ist unter der Fragestellung "Wie viel Moderne verträgt die Altstadt?" engagiert zum Thema Baukultur in historischem Kontext debattiert worden. Immer mehr Städte nutzen diese Chance, aktuelle Probleme der Stadtentwicklung öffentlich zu erörtern und den Blick auf vergleichbare Städte zu lenken. Ausstellung und begleitende Veranstaltungen werden so selbst zum Ideengeber.

Das IRS organisiert die Transferveranstaltungen und den Ausstellungsverlauf im Auftrag des Bundesministeriums für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen. Mit den Partnern vor Ort entwickelt und modifiziert das Institut Themenvorschläge. Interessant dabei sind die Akteurskonstellationen. Jeweils passend zum konkreten Aktions- und Ausstellungsort setzen sie sich aus ganz unterschiedlichen Gruppierungen zusammen: aus Politik, Verwaltung, Kirchen, Vereinen, Stadtplanern und Privatpersonen. Dem IRS kommt damit eine wissenschaftliche Politikberatung auf wechselnden Schauplätzen zu.

Dagmar Tille

Gastbeitrag Anmerkungen zu Stadtumbau und Denkmalpflege

Beim Stadtumbau geht es nicht nur um Funktionen in urbanen Agglomerationen, sondern auch um die Verständigung über das Leitbild der Stadt. Derzeit ist es wieder die europäische Stadt, ein durch Antike und Mittelalter vorgegebenes Stadideal, gestärkt auch durch die romantische Sicht des frühen 19. Jahrhunderts.

Eine in Ostdeutschland noch immer unzulängliche ökonomische Kraft trifft auf einen einschneidenden Bevölkerungsschwund. Für unsere Städte und Dörfer bedeutet dies eine dramatische Erhöhung der Leerstandsquote im Wohnbereich mit den entsprechenden Folgen für die Gesamtagglomeration. Schon ist die Situation in einigen Städten und Dörfern bedrohlich. Sind die ergriffenen Maßnahmen, die Hinwendungen zur Bestandspflege, zum Bauen im Bestand und zur Umnutzung lediglich der Pragmatik unabdingbarer Sparzwänge geschuldet? Oder greifen sie tiefer, orientieren sie auf das, was Stadt war, bleiben könnte und vielleicht auch sollte? Zu registrieren ist, dass wir Enormes in den 12 zurückliegenden Jahren, insbesondere für die Erhaltung der Städte, geleistet haben. Vielfach ist es gelungen, die Symbolwerte und die Sozialstrukturen wieder zu beleben. Jetzt kommt es darauf an, dass die Städte vor ihrem geschichtlichen Hintergrund und ihrer gewachsenen Struktur ihre wirtschaftliche Stabilität stärken, manchmal auch erst schaffen.

Vorbildlich agiert die Arbeitsgemeinschaft "Städte mit historischen Stadtkernen im Land Brandenburg", die – eine beträchtliche finanzielle Förderung inklusive – eng mit dem Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr, der Denkmalfachbehörde und den unteren Denkmal-schutzbehörden zusammenarbeitet.

Es wird aber darauf ankommen, ob sich die Bewohner mit dem Erreich-

ten identifizieren. Das ist es, worauf wir achten müssen. Veranstaltungen belegen das Interesse an Baukultur – gerade die Bürger sind deshalb in die Entscheidungsfindungen einzubeziehen. Leitbilder für die künftige Stadt müssen zwischen Bewahren, sektoralen Interessen und Globalisierungsbestrebungen vermittelnd wirken, wenn, wie Georg Simmel schon erkannte, in der Dauerhaftigkeit und Nutzbarkeit der materiellen Kultur eine Grundlage gesellschaftlicher Stabilität entsteht.

Dass unsere Städte einem Mobilitäts- und Kostenvergleich mit suburbanen Gebieten häufig nicht stand halten, liegt nicht in ihrer Struktur begründet. Dies erklärt sich vor allem aus den subjektiven Entscheidungsfeldern von Verantwortungsträgern, auch aus objektiven Parametern, wie der unzureichenden Kapitallage im öffentlichen wie privaten Sektor, den ungeklärten Besitz- und Eigentumsverhältnissen und den nicht bestätigten demographischen Prognosen der frühen 90er Jahre. Dass sich die Entwicklung der Bevölkerung ins Gegenteil verkehren wird, war aber schon Mitte der 90er Jahre kein Geheimnis mehr. Überalterung, Abwanderung der Wissenspotenziale und der Jugend waren und sind deutlich erkennbare, ernst zu nehmende Gefahren. Deshalb müssen auch die Kommunen die Werte und Potenziale ihrer Städte erkennen und sich auf diese besinnen.

Stadtentwicklung kann, muss aber nicht Expansion bedeuten. Die Städte werden schrumpfen. Stadtentwicklung hat sich darauf einzustellen, von der Planung bis zu den Förderprogrammen. Die Identität der gewachsenen Stadt muss dabei im Zentrum stehen. So werden wir zu prüfen haben, ob es sich um Aktivitäten handelt, die auf eine rein am Markt orientierte funktionale Stadt oder auf die Dauerhaftigkeit und Nutzung der prägenden materiellen Kultur zielen. Darum war und bleibt die Denkmalpflege stets bemüht.

Angesichts des anhaltenden Bevölkerungsrückgangs und Wohnungsleerstands in unseren Städten und Dörfern, der einen Verlust an Baukultur bedeutet, sollten wir uns darauf konzentrieren, wie wir die Lebensqualitäten, die sich am und im Gebauten widerspiegeln, nutzen können. Vorab hat die Wertebestimmung für das zu Erhaltende zu erfolgen, dies steht als unabdingbare Forderung vor den Entscheidungsträgern.

Mehr denn je sind wir also aufgerufen, uns der Geschichte des Bauens zu widmen, um das Gebaute bewusst in die Aufgaben des Gemeinwesens einbinden zu können. Es dürfte ein Bauen im und mit dem Bestand sein, also Kontinuität, die ohne Veränderung aber nicht denkbar ist. Umbau oder Rückbau muss in die zukunftsweisen Entwicklungsprognosen unserer urbanen Agglomerationen Eingang finden, auch wenn wir bislang Entwicklung lediglich mit Worten wie "expansiv" belegt haben. Deutlicher werden muss auch, dass der Abriss in den peripheren Wohngebieten der 70er und 80er Jahre zu einer Stärkung der erhaltenswerten Areale in der Innenstadt und den suburbanen Gebieten zwingt. Diese Stadtteile sind nicht nur durch öffentliche Bauten zu stärken, sondern zunehmend durch das Wohnen in der Innenstadt.

Für die Denkmalpflege bedeutet das eine enge Zusammenarbeit mit lokalen Verwaltungen bei der Erfassung von leerstehenden, ungenutzten Denkmälern. Gewonnene Informationen sollten dann Eingang in die Entwicklungskonzepte und in die Städtebauförderung finden und sie sollten zudem Sonderförderprogramme begründen. Nur wenn die Denkmale bewusst und rechtzeitig in die Planung und Förderung eingebunden werden, lassen sich Identitätsprobleme lösen und die Lebensqualität für die Bewohner erhöhen.

Detlef Karg, Landeskonservator
Brandenburgisches Landesamt für
Denkmalpflege und Archäologisches
Landesmuseum

Kommentar

Frankfurt/Oder: Zukunftsregion ohne Chip-Fabrik?

Das Aus für die seit mehr als zwei Jahren sehnlichst erwartete Chip-Fabrik führte in Brandenburg wie auch in der Stadt Frankfurt/Oder zu einem gewaltigen Katzenjammer. Es war ja nicht das erste Großprojekt in der Mark, das schief ging. Die Ursachen des Flops konkret zu untersuchen und vor allem systemische Fehler aufzudecken, kann nur begrüßt werden. Doch dann muss der Blick auch wieder nach vorne gehen.

Zu früh und zu vollmundig sind von allen (inländischen) Beteiligten Ankündigungen gemacht worden. Dies und die immer wieder verschleppten Bürgschaftsklärungen ließen ein wenig professionelles Management erkennen. Es wäre aber umso mehr auf ein besonders zugeschnittenes Management angekommen, als die Grenzregion im Frankfurter Raum nicht gerade strotzt vor eigener Stärke und Souveränität (genau das macht den Unterschied zu Dresden aus). Ob der ehemalige Direktor des IHP, Ourmazd, ein erfolgreicher und international anerkannter Wissenschaftler, gut beraten war, als Vorstandschef zur Betreibergesellschaft Communicant zu wechseln, darf bezweifelt werden. Das IHP als Blaue-Liste-Institut war eben seiner Aufgabe nach nicht auf direkte Verwertung ausgerichtet. Zudem fehlte der industrielle Partner vor Ort.

Gewiss, hinterher lässt sich leicht kritisieren. Doch aus den Fehlern können die Beteiligten lernen. Zum Beispiel die Landesregierung: Jetzt soll nicht weiter auf Großprojekte gesetzt werden, also wartet die Öffentlichkeit gespannt auf die Alternative. Sie kann nur in der Förderung von Mittelstands-Vorhaben (möglichst mit internationalen Be-

ziehungen), in der Verbesserung der Qualifikationsangebote und in einer konsequenten Vernetzung der regionalen Kräfte bestehen. Dazu gehören zentral alle wissensbasierten Einrichtungen, die Europa-Universität Viadrina vorneweg. Weist sie nicht einen Weg, durch den Start einer privat finanzierten Fakultät (gemeinsam mit der HUB) oder durch die Pläne zu einer Stiftungs-Universität, an der auch Frankreich und Polen beteiligt sein sollen? Oder die Stadtverwaltung Frankfurt/O.: Sie sollte sich öffnen und selbstbewusster ihre regional vorhandenen Stärken, vor allem als "knowledge district", mobilisieren. Am Projekt "Städtische Kreativität", vom IRS gemeinsam mit der Schader-Stiftung im letzten Jahr durchgeführt, war die Oderstadt beteiligt, doch völlig desinteressiert – warum? Oder die regionale Wirtschaft: Die Rand- und Grenzregionen werden sich ökonomisch nur entwickeln, wenn man sich auf spezifische Cluster zu einer "kritischen Masse" konzentriert. Können IHK, Technologiezentrum und Unternehmen nicht deutlicher die Korridore aufzeigen, innerhalb deren ihrer Einschätzung nach im nächsten Jahrzehnt die Entwicklungen voran zu bringen wären, Osteuropa mit eingeschlossen? Kann dieser Handlungsraum nicht positiv Aufmerksamkeit wecken?

Die Grenzregion an der Oder als Zukunftsregion auch ohne Chip-Fabrik? Aber ja. Doch eine entschlossene "task force" erscheint unverzichtbar. Es geht dabei erst in zweiter Linie um Finanzmittel; es ist der Geist, der Regionen baut! Mit dem Wissen um Konzepte für ein tragfähiges Place-Making und für regionale Entwicklung wird sich auch das IRS weiter beteiligen.

Karl-Dieter Keim

Kulturentwicklung ohne Wachstum

Zunehmend kämpfen auch kulturpolitische Akteure vor allem in den abgelegenen Teilregionen mit harten Bandagen um jeden Cent. Die kapitalistische Marktlogik scheint dabei inzwischen mit ihren unendlichen Wachstumsunterstellungen für viele Menschen im Osten der Republik zur zynischen Lachnummer zu werden. Reden wir also endlich Klartext? Schauen wir zum Beispiel auf das Land Brandenburg: Mit Blick auf die prognostizierbaren demographischen Entwicklungen seien hier Unterscheidungen notwendig, meint Thomas Ruben vom Ministerium für Wissen-



schaft Forschung und Kultur. Auf dem 18. Regionalgespräch im IRS plädierte er im November 2003 dafür, zwischen "demographieneutralen" und "bewohnerverhaltensabhängigen" kulturellen Nutzungen zu unterscheiden. Unmittelbar demographieneutral sind demnach immobiles kulturelles Erbe und nicht primär bewohnerbezogene Einrichtungen und Projekte. Sie behalten ihre Bedeutung vor Ort unabhängig von der Zahl und dem Alter der Einwohner. Anders ergeht es bekanntlich denjenigen Einrichtungen, die sich mit ihrem kulturellen Angebot an die Bedürfnisse der Einwohner vor Ort richten. Mittelbar sind durch eine geringere finanzielle Leistungsfähigkeit der Kommunen dagegen beide Gruppen betroffen. Für die besondere Situation der Kommunen im Land Brandenburg gilt es zudem, zwischen dem durch leichten Bevölkerungszuwachs gekennzeichneten engeren Verflechtungsraum mit Berlin (eV) und dem äußeren Ent-



Teilnehmer des 18. Regionalgesprächs: Frank Reich, Geschäftsführer des Landesverbandes Freier Theater Brandenburg e.V., Ulrich Katzer, Deutscher Bühnenverein Ost und Hajo Cornel, Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur des Landes Brandenburg (v.l.n.r.)

wicklungsraum (äE) zu unterscheiden. Während in den Teilräumen in Richtung äußerer Landesgrenze mit Bedarfsreduzierungen zu rechnen ist, wird für den engeren Verflechtungsraum insgesamt eine stabile Nachfrage angenommen. Diese ungleichmäßige Entwicklung in Brandenburg bedeutet für Landesregierung und Kommunen ein Umdenken, das auf Wachstum und Nicht-Wachstum gleichzeitig reagieren muss. Für die Kommunen heißt das konkret: Sie müssen ihre kulturellen Infrastrukturen stärker als bisher "gemeinsam planen und betreiben" (Ruben), damit die anstehenden Rück- und Umbauprozesse gelingen können. Für die freien Träger und für die Fachverbände gilt dies ebenso. Das bedeutet: verstärkt kooperieren und neue, kreative Synergien entwickeln (etwa multifunktionale Einrichtungen, Kultur-netze, Kultur auf Rädern, Einbindung von E-Government). Die Landesregierung wird diese Entwicklung sicherlich nicht allein betreiben können. Sie sieht sich hier eher in einer unterstützenden und motivierenden Rolle.

Ob diese kulturpolitischen Veränderungsprozesse schon überall angekommen sind, bleibt indes kritisch zu prüfen. Gleichwohl zeigt sich, dass die "Governance-Debatte", wenn auch zaghaft, jetzt auch in den kulturpolitischen Arenen geführt wird. Immer mehr setzt sich wohl die Erkenntnis durch, dass es "im

Feld der Beziehungen zwischen Staat und Gesellschaft zu einer Neugestaltung der Steuerungsformen" kommt. "Neben die Formen staatlicher Regulierung ('government') treten Aushandlungsprozesse mit vielfältigen gesellschaftlichen Akteursgruppen; diese bilden, gemeinsam mit den staatlichen bzw. kommunalen Vertretern, eigenständige Handlungseinheiten (Arrangements). Die Aushandlungsprozesse bedür-

fen der geeigneten Strukturierung und der ergebnisorientierten Lenkung ('guidance'). Es sind die daraus entstehenden Handlungs- und Steuerungsmodi, die mit dem Konzept "governance" bezeichnet werden." (Karl-Dieter Keim: Das Fenster zum Raum. Opladen: Leske + Budrich 2003, S. 89).

Gerhard Mahnken

Kurz notiert

Gründlich währt am längsten: Evaluation des IRS

Auf einen Besuch besonderer Art hatte sich das ganze Team des IRS schon länger gründlich vorbereitet: Ende Oktober 2003 'durchleuchtete' eine Bewertungsgruppe der Wissenschaftsgemeinschaft Gottfried Wilhelm Leibniz (WGL) das Institut nicht weniger gründlich. Neben elf Gutachtern – aus unterschiedlichen raum- und planungswissenschaftlich relevanten Disziplinen – gehörten ihr Vertreter des Bundes und des Landes Brandenburg an, weiterhin ein Vertreter der Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung (BLK) sowie Vertreter der Leibniz-Gemeinschaft. Auch die wissenschaftlichen Beiräte

von IÖR und IRS entsandten jeweils ihre Vorsitzende in die Kommission.

Am ersten Tag standen die Forschungsfelder und -gegenstände des Instituts sowie die Kooperationsbeziehungen im Mittelpunkt. Dieser Part wurde vom Direktor und den Leitern der vier Forschungsabteilungen präsentiert. Es entwickelte sich eine lebhaft Diskussion über Methoden, Instrumente und Perspektiven sozialräumlich ausgerichteter Forschung. Der Tag endete mit einer Besichtigung der Institutsbibliothek und der Wissenschaftlichen Sammlungen des IRS sowie mit einer Anhörung der Vertreter jener Hochschulen, mit denen das IRS eng kooperiert (BTU Cottbus, Universität Potsdam, Humboldt-Universität zu Berlin).

Der zweite Tag der Institutsbegehung war den konkreten Themen der Abteilungsforschung gewidmet. In dezentralen Präsentationen und persönlichen Gesprächen mit den Wissenschaftlern konnten sich die Mitglieder der Kommission von der Leistungsfähigkeit des IRS überzeugen. Mit der Übergabe des Bewertungsberichts ist im Frühjahr 2004 zu rechnen.

Gregor Prinzensing

Besuch von Ministerin Wanka

Am 21. November 2003 konnten Direktor und Abteilungsleiter in Erkner Frau Professorin Johanna Wanka, Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kultur des Landes Brandenburg (MWFK), begleitet von Frau Konstanze Pistor, derzeitig Kuratoriumsvorsitzende des IRS, willkommen heißen.

Das Institut stellte seine Forschungsschwerpunkte sowie die aktuelle personelle und finanzielle Situation dar. Die Ministerin war vor allem daran interessiert, ob sich in den letzten Jahren die Nachfrage nach Leistungen des IRS erhöht habe. Dies konnte der Institutsleiter, Prof. Keim, klar



Im Gespräch über die Wissenschaftlichen Sammlungen des IRS: Die Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kultur des Landes Brandenburg, Prof. Dr. Johanna Wanka, informierte sich während ihres Besuchs bei Dr. Christoph Bernhardt.

bejahen: Sowohl im wissenschaftlichen Umfeld als auch im anwendungsbezogenen Praxisumfeld haben die Transfers der Institutsergebnisse deutlich zugenommen. Das MWFK sieht seinerseits das IRS als anerkannte, auch international vernetzte Einrichtung mit geschärftem Profil und wird sich für eine Absicherung der Grundfinanzierung einsetzen.

Besondere Aufmerksamkeit erfuhren die Bibliothek und die Wissenschaftlichen Sammlungen. Das Institut wird "ministeriell" darin unterstützt, diese beiden Service-Bereiche weiter auszubauen und anhand aktualisierter bzw. vernetzter Softwareprogramme kundenfreundlich zu organisieren. ■

Transferstelle "Stadtumbau Ost" am IRS

Immer wieder wurde in den letzten Monaten Kritik an der Anschaulichkeit und Praxis des Informations-transfers zum Stadtumbau Ost geäußert. Zwei Jahre nach Programmstart ist vielerorts umfangreiches Wissen bei der Erprobung der ersten und zweiten Schritte im Stadtumbau entstanden. Bislang gab es keine zentrale

Anlaufstelle, die diese Informationen sichtet, auswertet und für die Akteure verfügbar macht. Ab Januar 2004 wird nun für zunächst drei Jahre die *Transferstelle zur Begleitung und Betreuung des Bund-Länder-Programms "Stadtumbau Ost"* im Auftrag des BMVBW eingerichtet. Die IRS-Abteilung 4 "Regenerierung schrumpfender Städte" hat hierfür zusammen mit der Internetagentur Netzformat den Zuschlag erhalten. Ziel der Transferstelle ist die Bündelung und Weitergabe von Information und Wissen. Diese Funktion wird im fortschreitenden Stadtumbauprozess zunehmend an Bedeutung gewinnen und schrittweise den Anspruch an ein "Lernendes Programm" gerecht einlösen. Wichtiger Baustein für den Transfer wird ein Internet-Portal "Stadtumbau Ost" sein, das in Zusammenarbeit mit der Firma Netzformat entwickelt wird. Es soll u.a. eine Literatur- und Projektdatenbank, "Gute Beispiele" und regelmäßige Newsletter-Informationen umfassen. Die Transferstelle am IRS ermöglicht es zudem, die praxisbezogene Forschung besser mit der Grundlagenforschung zu verknüpfen.

Informationen über: Heike Liebmann, Tel.: 03362/793-242, Liebmann@irs-net.de und Beate Glöckner, Tel.: - 242, Gloeckner@irs-net.de ■

IRS-Expertise "Wissenskultur und Stadt"

Vor der Enquetekommission des nordrhein-westfälischen Landtags "Zukunft der Städte in NRW" hat eine Forschungsgruppe der IRS-Abteilung 3 "Wissenschaftsmilieus und Siedlungsstrukturen" (Kerstin Büttner, Heidi Fichter, Petra Jähnke, Ulf Matthiesen und Corina Hölzl) im Dezember 2003 in Düsseldorf erfolgreich ihre Expertise "Wissenskultur und Stadt" präsentiert. Im Rahmen dieses Forschungsauftrags wurden Wissensmilieus und 'Wissenskulturprojekte' in NRW, die mit unter-

schiedlichen Wissensformen und Raumtypen verbunden sind, untersucht. Ziel war es, Orientierungs- und Handlungswissen für die Unterstützung von Wissensmilieus sowie für wissensförderliche räumliche Kontexte zu erarbeiten. Dabei konnte auf die im Leitprojekt 3 "Wissensmilieus und Stadtentwicklung" generierten Kompetenzen zurückgegriffen werden. Zusätzlich wurde in Dortmund ein weiterführendes Expertennetzwerk 'wissensbasierter Stadtentwicklung' angeregt, zu dem erste Verabredungen getroffen worden sind.

Kontakt im IRS: Kerstin Büttner oder Petra Jähnke, Tel.: 03362/793-279 bzw. -182; Buettner@irs-net.de bzw. JaehnkeP@irs-net.de ■

Neues aus den Wissenschaftlichen Sammlungen

Im November 2003 konnten die Bestände der Wissenschaftlichen Sammlungen des IRS durch die Übernahme verschiedener Dokumente und Materialien des Innenarchitekten Hans Bogatzky erweitert werden. Als Sohn des Architekten Otto Bogatzky am 12. Juni 1927 in Berlin geboren, besuchte er nach einer Tischlerlehre die Berliner Meisterschule für Tischler und Innenarchitektur. Ein erster Höhepunkt seines beruflichen Schaffens war ab 1958 der Wiederaufbau des Ostflügels der Humboldt-Universität mit dem Auditorium Maximum. Im Anschluss folgte der Wiederaufbau des Alten Museums (Kollektiv Theodor Voissem).

1961 berief Roland Korn, der als Kollektivleiter die Errichtung des Amtssitzes des Staatsrates der DDR betreute, Bogatzky als seinen Stellvertreter und Verantwortlichen für die Innenraumgestaltung.

Gemeinsam mit Korn und Scharlipp projektierte Bogatzky ab 1965 das



Neue 'Raumpolitik' - wohnen in den 60ern
Zeichnung: Hans Bogatzky für die Zeitschrift "Sibylle"

Interhotel "Stadt Berlin" am Berliner Alexanderplatz. 1968 begannen dort auch die Arbeiten am Haus des Reisens. Mitte der 70er Jahre realisierte er sein letztes repräsentatives Projekt – die Ausstattung des Großen Festsaals und der Arbeitsräume des Politbüros im ZK der SED (heute: Auswärtiges Amt). Hans Bogatzky betätigte sich auch als Möbeldesigner. Überlegungen zu neuen Wohnformen unter Berücksichtigung sozialer Aspekte kennzeichneten seine Entwurfstätigkeit. ■

Intership in Bern

Jutta Deffner, wissenschaftliche Mitarbeiterin am IRS, besuchte vom 3. November bis 12. Dezember 2003 im Rahmen des Graduiertenkollegs das „Büro für Mobilität AG – bfm“ in Bern. Das bfm entwickelt und erforscht innovative Mobilitätskonzepte. Ende 2002 wurde hier das Forschungsprojekt „Maßnahmen zur Erhöhung der Akzeptanz längerer Fuss- und Velostrecken“ (UVEK) abgeschlossen, das der gemeinsame Anknüpfungspunkt für eine Zusammenarbeit zwischen dem bfm und Jutta Deffner war.

Während des Aufenthalts wurden Erfahrungen in der sozialwissenschaftlichen Mobilitätsforschung ausgetauscht und weiterentwickelt. Für einen Velokurierdienst einer schweizerischen Mittelstadt bearbei-

tete Jutta Deffner eine Evaluationsstudie. Die Dienstleistung hat in den vergangenen sechs Jahren enorme Verlagerungseffekte vom PKW- auf den Radverkehr generiert und zu messbaren Änderungen im Verkehrsverhalten geführt.



Ein "Velo-Hauslieferdienst-Kurier" in der Stadt Burgdorf/Schweiz. Der mit den Einkäufen beladene Anhänger wird von einem elektro-unterstützten Fahrrad gezogen.

Die Zusammenarbeit mit dem interdisziplinären Team des bfm war für die Doktorandin sehr vielseitig und brachte konkrete Impulse für die eigene Forschungsarbeit. Zusätzlich bot das Institut für Geografie der Uni Bern reiche Recherchemöglichkeiten und Kontakte zum Thema Raum und Verkehr. ■

ESPON Seminar

Als Lead Partner des ESPON Projektes 2.2.2 nahmen Mitarbeiter des IRS am dritten ESPON Seminar am 6. und 7. Oktober in Matera/Italien, teil. Ziel des Seminars war es, die bisherigen Ergebnisse und vorläufigen Politikempfehlungen der verschiedenen ESPON Projekte vorzustellen und zu diskutieren. Die von allen Projekten Ende August 2003 eingereichten Zwischenberichte bildeten hierfür die Diskussionsgrundlage. Darüber hinaus wurde die Integration der Projektergebnisse in politische Prozesse, z.B. der Beitrag für den 3. Kohäsionsbericht der EU

Kommission, erörtert sowie über die nächsten Schritte des Programms beraten. Neben den Projektgruppen waren Vertreter der Europäischen Kommission und der nationalen Regierungen anwesend. ■

Vorträge

Bastian Lange hielt (mit Dipl.-Soz. Silke Steets, TU Darmstadt) am 7. Oktober auf dem 34. Kongress der deutschen Gesellschaft für Volkskunde in Berlin einen Vortrag im Panel "Angelegene Orte – identitätsstiftende Strategien im globalisierten urbanen Raum". Titel des Vortrags: Räumliche Praxen von "New Entrepreneurs" – Post-Urbane Resteverwerter oder Raumpioniere?

Am 27. Oktober 2003 referierte Ulf Matthiesen im von Bundesminister Manfred Stolpe und Hans Misselwitz geleiteten Gesprächskreis "Wissenschaft und Politik" des Forums Ostdeutschland der Sozialdemokratie zum Thema "brain drain made in Brandenburg?"

Des Weiteren hielt Ulf Matthiesen im Colloquium Brandenburg der Landeszentrale für Politische Bildung in Potsdam am 29. Oktober 2003 einen Vortrag. Titel: Von Speckwürfeln und Speckgürteln. Disparitäre Raumentwicklungen im Brandenburgischen. Koreferentin war die Planerin Edith Lotzmann. Die Diskussionsveranstaltung wurde moderiert von Michael Thomas (BISS).

Auf der Drei-Länder-Tagung der deutschen, österreichischen und schweizerischen Vereinigungen für Politische Wissenschaft, die vom 14.-15. November 2003 in Bern/Schweiz stattfand, hielt Heidi Fichter einen Vortrag zum Thema "Governance, Stadt und Wissen – 'Governance Capacity' für eine wissensbasierte Stadtentwicklung" im Rahmen des Workshops "Governance und

Partizipation im Kontext der Internationalisierung von Politik". Sie hat am Beispiel der ostdeutschen Stadtregionen Jena und Frankfurt (Oder) dargestellt, wie Governancestrukturen Wissensflüsse beeinflussen können und damit auch für Lernprozesse in Stadtregionen verantwortlich sind.

Am Institut für Raumplanung der Universität Dortmund fand am 14. und 15. November eine Fachtagung zur Planungsgeschichte des öffentlichen Raumes statt. Christoph Bernhardt (IRS) war an der wissenschaftlichen Konzeption der von der



Die Organisatorin der Tagung Ursula von Petz mit Dirk Schubert, Tilmann Harlander und Gerd Kuhn (v.r.n.l.)

Thyssenstiftung finanzierten Konferenz beteiligt und hielt einen Vortrag zur Hygienisierung des öffentlichen Raums europäischer Städte. Die anwesenden Planungshistoriker (u.a. U.v. Petz, T. Harlander, H. Bodenschatz, D. Schubert, H. Fehl, G. Kuhn) verabredeten, in Zukunft jährliche Tagungen zur Planungsgeschichte durchzuführen und deren Ergebnisse zu veröffentlichen. Diese Initiative kann als ideale Ergänzung zu den weiterhin vom IRS veranstalteten Werkstattgesprächen zur Planungsgeschichte der DDR betrachtet werden (Kontakt: Christoph Bernhardt, bernhardt@irs-net.de)

Auf Einladung des IRS hielt der renommierte französische Stadt- und Technikhistoriker André Guillerme (Conservatoire des Arts et Métiers, Paris) am 28. November 2003 einen Vortrag zur Genese der Industrielandschaft von Paris seit dem 19.

Jahrhundert. Christoph Bernhardt führte in den Vortrag ein, die Moderation der in Kooperation mit dem Frankreichzentrum der TU Berlin und dem Graduiertenkolleg Stadtökologie der Humboldt-Universität durchgeführten Veranstaltung übernahm Etienne Francois (TU Berlin). Weitere Informationen bei Christoph Bernhardt (bernhardt@irs-net.de).

Karl-Dieter Keim hielt am 3. Dezember 2003 auf Einladung der Universität Dortmund im Rahmen einer Vortragsreihe zur Erinnerung an Georg Simmels wegweisenden Aufsatz "Die Großstädte und das Geistesleben" (1903) einen Vortrag zum Thema "Zur Sozialdimension der Raumentwicklung – Elemente eines 'cultural turn' der raumwissenschaftlichen Forschung".



Zwei Neuerscheinungen zum Thema Institutionenwandel

Timothy Moss (Hrsg.): *Das Flussgebiet als Handlungsraum. Institutionenwandel durch die EU-Wasserrahmenrichtlinie aus raumwissenschaftlichen Perspektiven*. Münster: LIT Verlag, Reihe: Stadt- und Regionalwissenschaften/Urban and Regional Sciences, Bd. 3, 2003. – 368 Seiten, 25,90 EUR, ISBN 3-8258-6818-4
Zu bestellen unter: www.lit-verlag.de/isbn/3-8258-6818-4

Was bringt ein erweitertes sozialwissenschaftliches Verständnis von Insti-



tutionen für die Umsetzung der EU-Wasserrahmenrichtlinie? Was lehrt uns dieses Beispiel über die Dynamik und Persistenz von Institutionen auf regionaler Ebene? Der Sammelband "Das Flussgebiet als Handlungsraum" beleuchtet Prozesse der Institutionalisierung von Flussgebietsmanagement in Gegenwart und Vergangenheit aus unterschiedlichen raumwissenschaftlichen Perspektiven.

Heiko Breit, Anita Engels, Timothy Moss, Markus Troja (Hrsg.): *How Institutions Change. Perspectives on Social Learning in Global and Local Environmental Contexts*. Opladen: Leske + Budrich, 2003. – 380 Seiten, 35,00 EUR, ISBN 3-8100-3858-X. Mit einem Vorwort von Oran Young. Zu bestellen unter: www.leske-budrich.de



Der Wandel von Umweltinstitutionen wird in dem Band "How Institutions Change" aus unterschiedlichen disziplinären Perspektiven und in verschiedenen politischen, sozialen und kulturellen Settings beleuchtet. Anhand einer durchgehenden Argumentationslogik befassen sich 13 Beiträge zuerst mit dem intendierten Wandel formeller Institutionen. Ein zweiter Block erweitert die Betrachtung auf das Verhältnis zwischen Institutionen und sozialem Verhalten. Darauf aufbauend verfolgt der dritte Abschnitt die zentrale Frage, wie soziale Lernprozesse zur Effektivitätssteigerung institutioneller Arrangements beitragen können.



IÖR

Hochwasserforschung in Europa: Medienevent mit Forschungskom- missar Busquin in Dresden

Die Hochwasserkatastrophe der Elbe vom August 2002 verursachte Schäden von insgesamt acht Milliarden Euro. Damit wird die Hoffnung verbunden, zukünftig solche Extremereignisse in der Prognose und Vorwarnung gegenüber den potenziell Betroffenen, in der Entstehung und Reduzierung der Abflussmengen sowie in der Begrenzung der Schadenspotentiale besser handhaben zu können. Das Leibniz-Institut für ökologische Raumentwicklung (IÖR) nahm die Flutkatastrophe zum Anlass, seine interdisziplinären Forschungen voranzutreiben und durch die Mitbegründung des Dresden Flood Research Centers auf eine europäisch ausgerichtete Basis zu stellen (www.dresden-frc.de).

Die Europäische Kommission (Research Directorate General) wählte Dresden für die zentrale Medienveranstaltung zur europäischen Hochwasserforschung aus, da die Stadt von der Hochwasserkatastrophe 2002 stark betroffen und vor Ort nunmehr ein sehr engagierter Partner in Form des Dresden Flood Research Center vorhanden ist. Das Medienevent fand am 13. Oktober 2003 in Dresden im Ständehaus statt.

Die DG Research stellte mit dem Thema "Europäische Hochwasserforschung für bessere Vorhersage und Managementlösungen" aktuelle Forschungsvorhaben vor. Dazu waren 40 Journalisten und Fernsightteams aus ganz Europa angereist. Höhepunkt war die Ansprache des EU-Kommissars für Forschung, Philippe Busquin, und die anschließende gemeinsame Pressekonferenz mit dem sächsischen Ministerpräsidenten Georg Milbradt. Der europäische Forschungskommissar sprach sich in der Pressekonferenz für eine integrierte Forschung im europäischen Forschungsraum aus.

Dabei handele es sich im Falle der Hochwasserforschung um ein integriertes Hochwasserrisikomanagement, das Vorsorge, Ereignismanagement und Nachsorge zusammenfasse. Professor Bernhard Müller, der Gründungsvorsitzende des Dresden Flood Research Centers (D-FRC) und Direktor des Leibniz-Institutes für ökologische Raumentwicklung in Dresden, betonte die Bedeutung des Medienevents der Kommission für den Forschungsstandort Dresden. Mit der in Aussicht gestellten Bewilligung von über 1 Million Euro für die Partner des D-FRC im Rahmen des 6. Forschungsrahmensprogramms für das Forschungsvorhaben "FLOODsite" könnten wichtige Impulse für die sächsische und europäische Hochwasserforschung gegeben werden.

IfL

Prof. Frithjof Voss Stiftung für Geographie zeichnet drei junge Wissenschaftler aus

Im Oktober 2003 sind zum zweiten Mal die von der Prof. Frithjof Voss Stiftung ins Leben gerufenen Wissenschaftspreise für Geographie verliehen worden. Bei der Schlussfeier zum 54. Deutschen Geographentag in Bern im Kultur-Casino bekamen Judith Miggelbrink (Leipzig), Norbert Lanfer (Berlin) und Manfred Miosga (München) die mit jeweils 10.000 Euro dotierten Preise für ihre herausragenden Leistungen in der Anthropogeographie, der Physischen Geographie und der Angewandten Geographie überreicht.

Judith Miggelbrink vom Leibniz-Institut für Länderkunde in Leipzig wurde für ihre Forschungen zur Theorie und Geschichte des Raum- und Regionbegriffs sowie der Regionalgeographie mit dem Wissenschaftspreis für Anthropogeographie ausgezeichnet. In ihrer viel beachteten Dissertation untersuchte die Geographin, wie und mit welchen Konsequenzen sich zwei zentrale Begriffe der Humangeographie – "Raum" und "Region" – seit Beginn der 1980er Jahre gewandelt haben. Sie dokumentiert und analysiert nicht nur den Diskurs

über Raumbegriffe, sondern entwickelt auch Perspektiven für eine moderne Regionale Geographie. Nach Auffassung der Jury hat Judith Miggelbrink mit ihren Arbeiten der wissenschaftlichen Debatte um die Bedeutung von Raum und Region wichtige Impulse gegeben und wesentlich dazu beigetragen, dass das Leibniz-Institut für Länderkunde in diesem Bereich Kernkompetenzen entwickeln konnte.

Auszeichnung

Am 9. Oktober 2003 hat Prof. Dr. Alois Mayr das "Verdienstkreuz am Bande" der Bundesrepublik Deutschland erhalten. Ministerpräsident Georg Milbradt überreichte die Auszeichnung in der Staatskanzlei in Dresden. Sie wird offiziell von Bundespräsident Johannes Rau verliehen. Unter den Geehrten, die Ordenskreuz und Urkunde, aber keine materielle Zuwendung erhalten, sind auch vier Leipziger. Professor Mayr hat von 1994 bis 2003 das Institut für Länderkunde Leipzig e.V. geleitet und es nach einem innovativen Konzept umgebaut. In Leipzig hob er das Projekt "Nationalatlas Bundesrepublik Deutschland" aus der Taufe. Von der auf 12 Bände angelegten Großpublikation sind bislang sieben Bände erschienen. Im Gegensatz zu den meisten europäischen Staaten existierte für Deutschland noch kein solches Standardwerk.

Am 3. November 2003 verstarb Prof. Dr. Dr. h.c. Frank-Dieter Grimm im Alter von 67 Jahren. Prof. Grimm war seit der Wiedegründung des Instituts für Länderkunde e.V. stellvertretender Direktor und Leiter der Abteilung Regionale Geographie Europas. Er hat die wissenschaftliche Arbeit ebenso wie die internationalen Beziehungen des IfL insbesondere nach Ost- und Südeuropa maßgeblich gestaltet.

Das Kuratorium und die Mitarbeiter des Leibniz-Instituts für Länderkunde

Veröffentlichungen

- BERNHARDT, Christoph: Conflict and Co-operation Related to International Water Resources: Historical Perspectives. In: Technical Documents in Hydrological. International Hydrological Programme. Nr. 6, 2003, S. 161-167
- HOFFMANN, Nicole ; KEIM, Karl-Dieter ; MATTHIESEN, Ulf (Hrsg.): Menschenbilder. Skizzen aus einer multidisziplinären Werkstatt von Sozial- und PlanungswissenschaftlerInnen. Eine Dokumentation des Sommer-Kollegs Lucca. Institut für Regionalentwicklung und Strukturplanung/IRS, REGIO transfer 3, Beiträge zur anwendungsbezogenen Stadt- und Regionalforschung. Erkner, 2003. – 240 Seiten. ISBN 3-934669-04-2
Mit Beiträgen aus dem IRS von:
 KEIM, Karl-Dieter: Dunst über Lucca. S. 13-23
 KEIM, Karl-Dieter: Thesen zum Menschenbild in der Soziologie. S. 61-67
 LANGE, Bastian: Skateboarder in der Stadt. Strategien und Taktiken bei zwei kulturanalytischen Konzepten. S. 75-90
 MATTHIESEN, Ulf: Forschungsmethodologien und Menschenbilder. Anmerkungen zu einem gespannten Verhältnis im Umkreis von raumwissenschaftlichen Untersuchungen und Planungsversuchen sozialer Räume. S. 131-149
 MATTHIESEN, Ulf: Homo Comparationis? Anmerkungen zu Geschichte und gegenwärtigen Problemlagen der Vergleichsforschung. S. 151-163
 DROSTE, Cristiane ; KENNEL, Corinna: Lucca – ein interdisziplinäres Experiment!? S. 185-201
 JOERK, Christiane: Anmerkungen zur wissenschaftlichen Nachwuchsförderung in der außeruniversitären Forschung. S. 221-232
- KEIM, Karl-Dieter: Das Fenster zum Raum. Traktat über die Erforschung sozialräumlicher Transformation. Lehrtexte Sozialwissenschaften, Opladen: Leske + Budrich, 2003. – 171 Seiten. ISBN 3-8100-4050-9
- KÜHN, Manfred: Wissenschaftsstadt – Wissenschaftspark. Wissensbasierte Siedlungsstrukturen in deutschen Stadtregionen. In: Raumforschung und Raumordnung, 3/2003, Bonn, S. 139-149
- MAHNKEN, Gerhard: Kultur ... Region ... Schrumpfung: Regionalgespräche als kulturpolitische Diskursebene. In: kulturpolitische mitteilungen. Zeitschrift für Kulturpolitik der Kulturpolitischen Gesellschaft. Bonn, II 2003, S. 52
- MAHNKEN, Gerhard: Regionalmarketing: Management-Hilfe für eine integrierte wirtschafts- und sozialräumliche Entwicklung. In: euregia info letter. Ausgabe 8/2003, Aulendorf, S. 10-17
- MAHNKEN, Gerhard: Zwischen Eigensinn und Fremdbild: Regionales Binnenmarketing am Beispiel der metropolitanen Region Brandenburg/Berlin. In: Raumforschung und Raumordnung, 4/2003, S. 268-277
- Moss, Timothy (Hrsg.): Das Flussgebiet als Handlungsraum. Institutionenwandel durch die EU-Wasserrahmenrichtlinie aus raumwissenschaftlichen Perspektiven. Herausgegeben vom Institut für Regionalentwicklung und Strukturplanung/IRS, LIT Verlag, Reihe Stadt- und Regionalwissenschaften, Münster, 2003. – 368 Seiten. ISBN 3-8258-6818-4
Mit Beiträgen aus dem IRS von:
 Moss, Timothy: Raumwissenschaftliche Perspektiverweiterung zur Umsetzung der EU-Wasserrahmenrichtlinie, S. 21-37
- APOLINARSKI, Ingrid: Die räumliche Organisation der Wasserwirtschaft in der DDR – eine frühe Form von Flussgebietsmanagement in Deutschland, S. 47-87
 BERNHARDT, Christoph: Regionaler Institutionenwandel im Wassermanagement in historischer Perspektive: Das Beispiel des Oderraums in der DDR-Zeit, S. 89-126
 Moss, Timothy: Induzierter Institutionenwandel ‚von oben‘ und die Anpassungsfähigkeit regionaler Institutionen: Zur Umsetzung der EU-Wasserrahmenrichtlinie in Deutschland, S. 127-176
 FICHTER, Heidi: Vom Naturraum zum politischen Handlungsraum: Neue Governanceformen in veränderten Raumkontexten, S. 177-210
 HEINRICH, Caroline: Chancen und Probleme des Flusseinzugsgebietsmanagements aus umweltökonomischer Sicht, S. 211-236
 RÖHRING, Andreas: Institutionelle Interaktionen zwischen landwirtschaftlicher Flächennutzung und Gewässerschutz, S. 237-288
 Moss, Timothy: Schlussfolgerungen: Regionale Prozesse der Institutionenbildung, S. 345-357
- Moss, Timothy ; BREIT, Heiko ; ENGELS, Anita ; TROJA Markus (Hrsg.): How Institutions Change. Perspectives on Social Learning in Global and Local Environmental Contexts. Opladen: Leske + Budrich, 2003. – 380 Seiten, ISBN 3-8100-3858-X
- RÖHRING, Andreas: Die Umsetzung der EU-Wasserrahmenrichtlinie – eine "Gemeinschaftsaufgabe" von Gewässerschutz und Landwirtschaft. In: Ländlicher Raum. Agrarsoziale Gesellschaft e.V., 54. Jg., Nr. 5, 2003, S. 28-31

Nachlese . . .

Das IRS in den Medien

" ... Ulf Matthiesen vom Institut für Regionalentwicklung und Strukturplanung (IRS) in Erkner beschreibt die Situation deutlich: 'Auf dem Land sind die Leute schon weg.' Dramatisch sei die Abwanderung aus den Industriestädten der DDR, als Betriebe und Jobs wegbrachen. 'Vor allem die Cleveren gehen weg', sagt Matthiesen ...

(Financial Times Deutschland, 25.08.2003)

" ... Schrumpf dich schön: Ostdeutsche Städte suchen ihre Identität ... Die Wissenschaft sagt voraus: Was wir im Osten erleben, ist erst der Anfang. Ähnliches wird auch den Westen ereilen. Das Leibniz-Institut für Regionalentwicklung und Strukturplanung untersucht diese Prozesse. Es sitzt in Erkner südöstlich von Berlin. Der Ort ist gut gewählt: Bis 1990 war in dem Backsteingebäude eine Fabrik. Gemeinsam mit der Schader-Stiftung aus Darmstadt hat das Institut in den vergangenen zwei Jahren fünf ostdeutsche Städte untersucht ..."

(Frankfurter Allgemeine Zeitung, 14.10.2003)

" ... Konzepte 'städtischer Kreativität als Potenzial für den Stadtumbau' analysierten seit Anfang 2002 Forscher des Instituts für Regionalentwicklung und Strukturplanung (IRS) im brandenburgischen Erkner sowie der Darmstädter Schader-Stiftung. Sie konzentrieren sich auf die Entwicklungen in Ostdeutschland. Zusätzlich initiierten sie eine Workshopreihe, deren Zwischenbilanz nun auch in Buchform vorgestellt wurde. Karl-Dieter Keim, Direktor des IRS, formulierte die Zukunftsaussichten auf der Tagung so: 'Was wir heute verhandeln, werden wir in den nächsten Jahren auch in Westdeutschland und in Süddeutschland verhandeln.' ...

(Frankfurter Rundschau, 19.09.2003)

" ...Während in schrumpfenden Gemeinden der Randregionen Schulen geschlossen werden müssen, treten im 'Speckgürtel' Berlins bereits große Engpässe auf. Insgesamt – so das IRS – wachsen die Disparitäten – und zwar in einem in Deutschland nie gekannten Ausmaß. Die Ausdünnung ländlicher Regionen Brandenburgs und die Aufblähung stadtnaher Randzonen Berlins werde zu dramatischen Ungleichgewichten führen, die allerdings – meint Manfred Kühn (IRS) – von der Bevölkerung 'in Zukunft als Ausdruck der Marktwirtschaft leichter akzeptiert' werden würden ... Doch auf 'Bilder' (so Markus Hesse in Nr. 41 von *IRS aktuell*) wird es ankommen, wenn ein 'Aufbruch in bessere Zeiten' erreicht werden soll ... Welche Auswirkungen kann die Osterweiterung der EU auf ausgedünnte Regionen in den neueren Bundesländern haben? Überraschende Analysen zu den wenig diskutierten geheimen Potenzialen dieser Standorte trägt Hans Joachim Kujath, stellvertretender Leiter des zur Leibniz-Gemeinschaft gehörenden Instituts, in derselben Publikation vor ..."

(Die Welt, 15.10.2003)

" ...Regionale Konflikte ... Die strukturschwachen Randregionen in der Laußitz, der Uckermark oder der Prignitz könnten, von der Politik vergessen, zu den Verlierern der Fusion werden. Der Berliner Kulturosoziologe Wolfgang Engler hat bereits sinngemäß gefordert, solche Landstriche der Natur zu überlassen und als Rückzugsräume für gestresste Großstädter anzusehen. Wissenschaftler wie der Sozialgeograf Hans-Joachim Bürkner von Institut für Regionalentwicklung und Strukturplanung in Erkner sagen voraus, dass soziale Bindung in den Randregionen des Landes weiter wegbrechen werden, Menschen in die Isolation geraten. Dies wäre indes ein Nährboden für Politikverdrossene und Protestwähler ..."

(Berliner Zeitung, 20.10.2003)

Das Institutsgebäude des IRS an der Flakenstraße in Erkner bei Berlin ist mit dem Regionalexpress von Berlin Mitte in 25 Minuten zu erreichen.



Die Fußgängerbrücke über das Flakenfließ führt vom S-Bahnhof Erkner zum IRS.

I M P R E S S U M

IRS aktuell No. 42 Januar 2004
ISSN 0944-7377

Herausgeber: Leibniz-Institut für Regionalentwicklung und Strukturplanung (IRS)

Leitung: Prof. Dr. Karl-Dieter Keim

Redaktion: Gerhard Mahnken M.A.
(v.i.S.d.P.) und Petra Koch

DTP: Petra Geral

Fotos: IRS: S. 2, 7, 10, 11, 12, 13
Hohmuth: S. 9
Velostation Burgdorf: S. 12

Anschrift: Flakenstraße 28-31
D-15537 Erkner (bei Berlin)

Telefon: + 49 (0) 03362/793-0
Fax: + 49 (0) 03362/793-111
E-Mail: MahnkenG@irs-net.de
Internet: www.irs-net.de

Bestellung von Publikationen: 03362/793-118

IRS aktuell erscheint vierteljährlich
(Januar, April, Juli, Oktober)
Bei Abdruck Belegexemplar erbeten.

Druck: Druckerei Schulz